

17. Wahlperiode

## **Antrag**

der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU

### **Ehrenamtskarte erfolgreich weiterentwickeln**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus von Berlin unterstützt den Senat nachhaltig bei seinen Bemühungen zur Steigerung der Attraktivität der Berliner Ehrenamtskarte und fordert ihn auf, folgende Schwerpunkte aufzugreifen bzw. weiterzuentwickeln:

- Die Berliner Ehrenamtskarte soll mit ihren Angeboten noch vielfältiger werden und dabei interessante Vergünstigungen für alle Generationen von Ehrenamtlichen vermehrt aufweisen. Dabei sollen insbesondere Partner aus dem vorpolitischen Raum gewonnen werden, wie z. B. die Clubkommission Berlin.
- In Abstimmung mit dem Land Brandenburg soll die weitere Verzahnung der jeweiligen Ehrenamtskarte mit übereinstimmender Laufzeit von drei Jahren, gemeinsamen Layout und gemeinsamen Angeboten vollendet werden.
- Die Voraussetzung zur Gewährung der Ehrenamtskarte sollte eine ehrenamtliche Tätigkeit von 200 Stunden im Jahr sein. Der Senat wird aufgefordert zu prüfen, ob mit Blick auf jugendliche Ehrenamtliche die Gesamtstundenzahl reduziert werden sollte bzw. ob die Erbringung der erforderlichen Stunden im Projektrahmen erfolgen kann.
- Die Ausgabe der Ehrenamtskarten sollte bei einer Stelle im Senat (Senatskanzlei) angesiedelt werden und in feierlicher Form vorrangig durch den Regierenden Bürgermeister bzw. die Bezirksbürgermeisterinnen und -bürgermeister erfolgen.
- Die Ehrenamtskarte soll durch eine Urkunde und eine Anstecknadel (mit Jahreszahl) ergänzt werden.
- Ferner soll der Senat prüfen, auf welche Weise eine Kombination der „Juleika“-Karte mit der Ehrenamtskarte vorgenommen werden könnte.

- Schließlich wird der Senat aufgefordert, auch in der kommenden Legislaturperiode einen Beirat mit der Weiterentwicklung der Ehrenamtskarte zu betrauen.

***Begründung:***

Die Berliner Ehrenamtskarte unterstreicht die Anerkennung ehrenamtlich erbrachter Leistungen in allen Bereichen unserer Gesellschaft und von Bürgerinnen und Bürgern unterschiedlichsten Alters. Diese weiterzuentwickeln ist somit eine wichtige Aufgabe städtischer und bezirklicher Ehrenamtskultur. Dabei sollte eine Verflechtung zwischen Berlin und Brandenburg nachhaltig betrieben und weiter ausgebaut werden.

Die Ehrenamtskarte soll künftig noch fachübergreifender genutzt werden. Auch das Engagement im parteipolitischen Umfeld dient der Gemeinschaft und sollte daher bei der Vergabepraxis Anwendung finden.

Die dankenswerterweise erfolgte Zuarbeit durch den entsprechenden Beirat fließt mit der Beratung im Ausschuss und mit diesem Antrag in die parlamentarische Arbeit ein. Ein solcher Beirat sollte auch weiterhin das Parlament und den Senat bei der zukünftigen Auswertung der Vergabepraxis und der Akzeptanz durch die Geehrten sowie der Weiterentwicklung der Ehrenamtskarte unterstützen.

Berlin, 09. Juni 2016

Saleh Schneider Lehmann Radziwill  
und die weiteren Mitglieder  
der Fraktion der SPD

Graf Melzer Krüger Freymark  
und die weiteren Mitglieder  
der Fraktion der CDU